

**Rede
der Fraktionsvorsitzenden**

Johanne Modder, MdL

zu TOP Nr. 2d

Aktuelle Stunde

**Energiekrise meistern: Energiekosten begrenzen,
Energieversorgung sichern, solidarisch durch den
Winter**

Antrag der Fraktion der SPD - Drs. 18/11726

während der Plenarsitzung vom 22.09.2022
im Niedersächsischen Landtag

Es gilt das gesprochene Wort.

Frau Präsidentin. - Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Es ist wahrlich nicht ganz einfach, zu diesem vierten Teil der Aktuellen Stunde noch eine Rede zu halten, nachdem in den ersten drei Teilen der Aktuellen Stunde im Prinzip schon die gleichen Themen behandelt worden sind.

Ich will trotzdem versuchen, das zuzuspitzen und deutlich zu machen, worauf es mir ankommt.

Zuallererst will ich sagen, dass ich glaube, dass es zwei Themen sind, über die sich die Menschen gerade wirklich sehr große Sorgen machen:

Das eine Thema - aber das gerät gerade ein bisschen ins Hintertreffen - ist der brutale Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine. Wir sehen die Bilder jeden Tag. Ich will das noch einmal in Erinnerung rufen, damit wir nicht beiseiteschieben, wie viel Leid und wie viele Opfer damit verbunden sind, wie hoch und groß die Zerstörung ist, welche Verantwortung wir für die Ukraine tragen und dass wir solidarisch an ihrer Seite stehen müssen. Das ist mir wichtig, weil eine Auswirkung davon ist, dass wir jetzt eine Energiekrise haben.

Aber wir haben nicht nur eine Krise im Bereich der Energie. Der russische Präsident Putin führt nicht nur einen unmenschlichen Krieg gegen die Ukraine, sondern er führt auch einen Krieg gegen uns, weil er die Waffen der Energie, der Rohstoffe und der Nahrungsmittel einsetzt. Das, meine sehr verehrten Damen und Herren, ist genauso zu erwähnen.

Der Ministerpräsident hat in einer wunderbaren Analyse dargelegt, in welcher Situation wir uns gerade befinden. Ich will ausdrücklich sagen, dass die von der Bundesregierung, von der Ampel auf den Weg gebrachten Entlastungspakete mit einem Volumen von über 95 Milliarden Euro wichtig waren, weil die Menschen in dieser schwierigen Lage gesehen haben, dass der Staat handelt und sich bemüht, Entlastungen für sie auf den Weg zu bringen.

Zur Wahrheit gehört aber auch - und da spreche ich die Kollegin Julia Willie Hamburg an -, dass solche Entlastungspakete ihre Wirkung erst später entfalten, und das auch aus einem guten Grund.

Sie haben vorhin angesprochen, dass sich die Landesregierung beim Sonderprogramm Härtefall-fonds noch einig war. Ich habe selbst seinerzeit gedacht: Mensch, das ist eine sehr gute Reaktion, ein gutes Signal in die Bevölkerung, wir helfen denen, die durch alle Raster fallen, und legen einen Härtefallfonds auf, mit Beteiligung der Energieversorger, mit Beteiligung der Kommunen.

Dann aber habe ich erlebt, dass diese Härtefallfonds nicht überall Thema sind - weil die Bedenkenträger wieder nach vorne kommen! „Wer soll was bezahlen - unter welchen Bedingungen?“

Ich habe die herzliche Bitte, dass Sie, wenn Sie sich hier hinstellen und sagen, wir könnten noch heute Hilfsprogramme verabschieden, den Menschen nicht Sand in die Augen streuen und ihnen den Eindruck vermitteln, dass das Geld übermorgen schon auf ihrem Konto ist. Das dauert etwas länger, Frau Hamburg!

Deswegen muss es gut vorbereitet sein.

Ich finde, das Programm, das Herr Weil als SPD-Landesvorsitzender auf den Tisch gelegt hat, ist sehr gut. Es schließt die Lücken, die bei den Entlastungspaketen des Bundes entstanden sind.

Jetzt ist es an Ihnen, und da spreche ich Sie auch ganz deutlich an. Wir haben es genau herausgearbeitet, und Sie haben vorhin ja auch gesagt, dass das mit Ihrer Analyse übereinstimmt. Wir wissen doch eigentlich, in welche Richtung die einzelnen Parteien nach dem 9. Oktober marschieren wollen. Daher bitte ich Sie, eine klare Aussage zu treffen, ob Sie mit uns in eine Koalition wollen oder ob Sie doch lieber die Gespräche mit der CDU suchen. Gespräche finde ich immer gut. Aber das zumindest müssten Sie schon mal sagen, damit wir im Blick auf die Koalitionsverhandlungen nach der Wahl auch Klarheit haben, wohin Sie eigentlich wollen.

Jetzt will ich noch einmal sagen, worum es mir geht. Die Menschen sind so tief verunsichert, weil sie nicht wissen, wie sie im nächsten Jahr die Abschlagzahlungen bezahlen sollen und welche Nachzahlungen jetzt kommen. Die eigentliche Herausforderung in der Energiekrise wird sein, wie wir die Lücke bewältigen, die dadurch entstanden ist, dass wir kein Gas mehr aus Russland importieren.

Ich will ausdrücklich Olaf Lies loben, dass wir in Niedersachsen gezeigt haben, wie schnell das mit den LNG-Terminals gehen kann - in Wilhelmshaven, aber auch in Stade. Am Dienstag kam die Meldung „vorzeitiger Maßnahmenbeginn“.

Wir haben aber noch mehr Aufgaben vor uns, und da bin ich auch wieder bei der Landespolitik. Wir müssen mehr Drive, mehr Tempo bei den Erneuerbaren machen, sonst schaffen wir das nicht. Das müssen wir den Menschen auch immer wieder sagen.

Und da hilft es dann auch nicht - ich komme ja aus dem Wahlkreis, in dem Borkum liegt -, andere Probleme nach vorne zu ziehen und in Bezug auf die Gasbohrungen im Wattenmeer zu sagen - nicht im Nationalpark Wattenmeer,

sondern im Wattenmeer! -: Wir wollen nicht, dass die Niederländer, von denen wir Gas beziehen, durch eine Querbohrung zu uns vorstoßen, sondern setzen lieber auf LNG aus Katar oder sonst etwas. Das geht nicht mehr!

Genauso ist es bei den Windkraftanlagen. Wir können nicht mehr auf jeden Einwand, auf jede Bürgerinitiative reagieren, sondern müssen jetzt feststellen: Es ist wichtig, die Energieversorgung in unserem Land zu sichern.

Das Beschleunigungsverfahren, das uns der Bund ermöglicht hat, muss auf andere Bereiche ausgedehnt werden. Ansonsten schaffen wir es nicht, das eigentliche Problem anzugehen, das nächstes Jahr kommen wird, und zwar mit den ganzen Investitionen, die noch vor der Haustür liegen. Zu Ausnahme von der Schuldenbremse, halte ich im Blick auf die Zukunft dieses Landes für unverantwortlich.

Wir müssen schnell reagieren. Deswegen appelliere ich an alle: Lasst uns nach der Landtagswahl sehr schnell zu Koalitionsverhandlungen kommen, wobei ich noch davon ausgehe - und die Umfrage gibt mir recht -, dass wir die Regierung stellen werden. Und wenn wir uns einig sind, wird noch im November ein Nachtrag zu verabschieden sein.

In diesem Sinne: Entscheiden Sie sich entsprechend, Frau Hamburg!

Und auch alle anderen sollten noch einmal in sich gehen - weil diese Krise das Potenzial hat, eine tiefgreifende Sozial- und Wirtschaftskrise zu werden.

Vielen Dank.